



10/SN 252/ME

## AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das

Bundesministerium für  
Arbeit und SozialesStubenring 1  
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	76 - GE 9 SP
Datum:	25. OKT. 1989
Verteilt	25. Okt. 1989

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)  
0/1-816/86-1989

Chiemseehof

(0662) 80 42 Durchwahl

2285

Mag. Uta Franzmair

Datum

23.10.1989

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialver-  
sicherungsgesetz geändert wird (16. Novelle zum GSVG);  
Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 20.619/2-2/89

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf  
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Da der vorliegende Gesetzesentwurf hauptsächlich Parallelbe-  
stimmungen bzw. Anpassungen an die 48. ASVG-Novelle beinhaltet,  
wird auf die diesbezügliche ha. Stellungnahme vom 23. Oktober  
1989, Zl. 0/1-290/347-1989, verwiesen. Auch bei der Real-  
isierung dieses Gesetzesvorhabens entstehen immense Mehrbe-  
lastungen, welche über die derzeitige Phase der Hochkonjunktur  
hinaus und auf Grund des Verstärkereffektes von einmal in  
Geltung stehenden sozialen Erweiterungen zu einem akuten Mangel  
an Geldmitteln führen können. Jegliche Überwälzungen dieser  
Mehrbelastungen des Bundes auf die Länder werden bereits jetzt  
abgelehnt. Es wird ausdrücklich festgehalten, daß der Bund die  
alleinige Verantwortung für die aus dem vorliegenden Entwurf  
resultierenden finanziellen Auswirkungen zu tragen hat, und ein  
Vorbehalt dahingehend angemeldet, daß den geplanten Maßnahmen  
nicht zugestimmt werden kann, wenn - allenfalls auch nur  
indirekt - hiedurch dem Land Mehrkosten erwachsen, sei es im  
Wege höherer Dienstgeberbeiträge, im Wege verminderter Leistun-  
gen der sozialen Krankenversicherung für die Krankenanstalten  
oder auf andere Weise.

- 2 -

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber

Landesamtsdirektor